

Gegen eine staatlich verordnete Medizin

Hauptversammlung des Hartmannbundes in Baden-Baden

Scharfe Kritik an der aktuellen sozial- und gesundheitspolitischen Gesetzgebung übten die Delegierten des Hartmannbundes bei ihrer Hauptversammlung 1981 Ende Oktober in Baden-Baden: Unter dem Deckmantel der „Kostendämpfung“ strebe die Regierung harte gesellschaftspolitische Ziele an. Der HB-Vorsitzende, Prof. Dr. med. Horst Bourmer, bezeichnete in seinem Grundsatzreferat das „Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz“ (KVEG) als „überflüssig“ und „gefährlich“, weil es einerseits keine tatsächlichen Einsparungen bringe und andererseits Selbstverwaltung und Vertragsfreiheit weiter aushöhle. Mit Entschiedenheit wandte er sich gegen Behauptungen, die Ärzte kämen „ungeschoren“ durch die neue Kostendämpfungsgesetzgebung. Die Behauptung sei ebenso unredlich wie das verwirrende Kreiselspiel mit den Gesetzen, die nicht der „Kostendämpfung“ im Gesundheitswesen, sondern der *Haushaltssanierung* insgesamt dienen.

Hart kritisierte Bourmer auch die „ergänzenden Vorschläge zur Kostendämpfung im Krankenhausbereich“, die ganz offensichtlich während der Ausschlußberatungen in das Gesetz eingearbeitet werden sollten [und inzwischen auch wurden – Die Red.]. Durch das Krankenhaus-Kostendämpfungsgesetz“ (KKG) solle auch das Krankenhaus in den zentralstaatlichen Griff gezwungen werden, ohne daß dabei gleichzeitig eine höhere Wirtschaftlichkeit der Krankenhäuser oder gar Entlastung der gesetzlichen Krankenversicherung erwartet werden könne. Die jetzt dem Gesetzentwurf aufgepfropften Ergänzungen seien Ausdruck allgemeiner finanzpoliti-

scher Ratlosigkeit und finanzpolitischen Unvermögens und des sich in allen anstehenden Gesetzentwürfen widerspiegelnden Versuchs, das Sanierungsheil im staatlichen Alleinzuständigkeits-Anspruch zu suchen.

Sicherlich sei die Überlegung lohnenswert, die Landes-Krankenhausesellschaften in Körperschaften des öffentlichen Rechts umzuwandeln – wie das bei den niedergelassenen Ärzten der Fall ist –, um auf diese Weise die Lösung vieler Probleme der Selbstverwaltung zuzuweisen und sie dem politisch-taktischen Zugriff der zuständigen Fachminister zu entziehen.

Dirigistischer GOÄ-Entwurf

Zur Novellierung der Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) wies Bourmer darauf hin, daß das breitgefächerte dirigistische Instrumentarium, das seit 1976 in die Partnerschaftsbeziehungen innerhalb des Gesundheitswesens mit wachsender Intensität eingreife, auch vor den privaten Vertragsbeziehungen zwischen Patienten und Ärzten nicht haltmache. Eine GOÄ, die

- die vertraglichen Einschränkungsbestimmungen aus der RVO-Vertragsgebührenordnung übernimmt,

- eine Abdingung der Gebührenordnung verbietet,

- eine Überschreitung des vorgeschriebenen Durchschnittssatzes nur nach schriftlicher Begründung erlaubt,

sei nichts weiter als ein *staatliches Disziplinierungsinstrument*, eine

flankierende Maßnahme zu allen anderen geplanten Eingriffen, die den heute noch freiberuflich tätigen Arzt einem allgegenwärtigen staatlichem Direktionsanspruch unterordnen wollen.

Den Allgemeinen Teil der neuen GOÄ behandelte auch einer der Beschlüsse, die die Delegierten zur aktuellen Sozial- und Gesundheitspolitik verabschiedeten. Der Hartmannbund weist darin den Versuch zurück, die privatärztliche Behandlung auf dem Wege zur Einheitsversicherung in die Zwangsjacke der gesetzlichen Krankenversicherung zu stecken. Der vom Bundesarbeitsministerium vorgelegte Entwurf gehe weit über den in § 11 Bundesärzteordnung (BOÄ) vom Gesetzgeber erteilten Auftrag hinaus, im Sinne des § 613 Abs. 2 des BGB eine „Taxe“ für ärztliche Leistungen zu schaffen. Es wurde auch eine Boykottierung der GOÄ erörtert.

In einer weiteren Resolution forderte der Hartmannbund eine Strukturänderung der mit versicherungsfremden Leistungen überfrachteten gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) durch

- Befreiung der GKV von allen versicherungsfremden Leistungen,

- Reduzierung des Umfangs des Kreises der Versicherten in der GKV auf den wirklich schutzbedürftigen Personenkreis,

- den Nachweis einer ausreichenden Krankenversicherung als Pflicht für jeden Staatsbürger bei einer von ihm frei gewählten Versicherung, d. h. *Versicherungspflicht* statt *Pflichtversicherung*.

Heißer Herbst

Gesundheits- und Sozialpolitik stand in „heißen Herbst 1981“ auch im Vordergrund des Berichtes des HB-Hauptgeschäftsführers, Dipl.-Volkswirt Klaus Nöldner; er analysierte zunächst die Art

Hartmannbund

und Weise, wie die Ärzteschaft insgesamt und insbesondere auch der Hartmannbund der allgemeinen Öffentlichkeit ihre Auffassung seit den Bundestagswahlen 1980 zu vermitteln wußten. Das naheliegende Thema war eine zusammenfassende Beobachtung des Verhaltens der Ärzteschaft im politischen Raum und danach im eigenen Umfeld. Bei der Schilderung der Zusammenarbeit des Hartmannbundes mit anderen Ärzteorganisationen wies er insbesondere auf die gute Entwicklung der Zusammenarbeit des Hartmannbundes mit dem Marburger Bund (MB) hin, die sich in den regelmäßigen Sitzungen der gemeinsamen Kommission und zahlreich anderen gemeinsamen Aktivitäten niederschlägt – Feststellungen, die später in der Diskussion vom MB-Vorstandsmitglied Dr. med. Hans Bauer, Calw, mit Nachdruck bestätigt und bejaht wurden.

Daß sich die an die Bundesvereinigung Deutscher Ärzteverbände (BDÄ) geknüpften Erwartungen noch nicht ganz erfüllen konnten, liege am „Zeitfaktor“, erklärte Nöldner. Politische Übereinstim-

mung im Grundsatz bedeute nicht immer politische Einheit im Einzelfall. Rasches konsequentes gemeinsames Handeln setzt eine bereits vollzogene Meinungsbildung in den Mitgliedsverbänden voraus. Die daraus resultierende taktische Schwäche der BDÄ müsse überwunden werden.

Kostendämpfung oder Systemveränderung?

„Kostendämpfung“ oder Systemveränderung? Das war die Fragestellung bei der öffentlichen Podiumsdiskussion vor einer großen Zuhörerschaft, zu der auch Bundes- und Landespolitiker, Vertreter der Pharma-Industrie, der Krankenkassen, der Verbände der medizinischen Assistenzberufe, des Bundesverbandes der Freien Berufe der in- und ausländischen Ärzteverbände zählten. Die Zahnärzte seien mit einer Forcierung der kostensparenden Frühbehandlung nicht durchgedrungen, sagte als erster Zahnarzt Hans-Henning Bieg vom Freien Verband Deutscher Zahnärzte (FVDZ). Sie mußten trotz ständiger Warnun-

gen mit ansehen, daß es zu einer expansiven, sogar aufsehenerregenden Kostenentwicklung im Zahnbereich kam – nicht durch Verschulden der sogenannten Leistungserbringer, sondern eindeutig der Leistungsforderer wie Sozialpolitiker, Krankenkassen und schließlich der Versicherten, die sogar per Merkzettel auf neue Versorgungsmöglichkeiten aufmerksam gemacht wurden. Der Kostenschub war dann eine Selbstverständlichkeit und ein Vorwand dafür, das System erneut zu verändern. Ebenso werde es über das KVEG mit geplanten „Therapiestandards“ und der Beseitigung der Möglichkeit für die Krankenkassen, Sparprinzipien durch eine flexible Zuschußgestaltung einzuführen, erneut zu einer Strukturveränderung kommen. Klaus Stürzbecher von der Arbeitsgemeinschaft der Berufsvertretungen Deutscher Apotheker (ABDA) erklärte, daß er einem Staat, der so in die Strukturen eingreife, sein Vertrauen nicht mehr schenken könne. Der Apotheker bekomme seine Preise von der Industrie vorgegeben, habe keinen Einfluß auf die Preisgestaltung.

Prof. Dr. rer. pol. Frank E. Münich vom Volkswirtschaftlichen Institut der Universität München kritisierte, daß die gegenwärtige Organisation des Gesundheitswesens offensichtlich nicht erlaubt, die Bedürfnisse der Versicherten zu umschreiben, weil es, wie sonst im Verhältnis von Angebot und Nachfrage, keine „selbstregulierenden Marktkräfte“ gibt. Er plädierte daher auch für eine Systemveränderung, aber zugunsten einer *stärkeren Selbstbeteiligung*. Zur Zeit tendieren wir dazu, den Gedanken der Solidargemeinschaft auf die ganze Volkswirtschaft auszudehnen, so daß wir uns immer weiter von ökonomischen Anreizen entfernen, erklärte er. Auch Prof. Dr. phil. Michael Zoeller kritisierte das System, das zwar als Selbstverwaltungssystem bezeichnet werde, in dem aber die Selbstverwaltungselemente viel zu schwach sind. Rosmarie Hennigs



Hauptversammlung 1981 des Hartmannbundes während des Berichtes des Ersten Vorsitzenden. Am Pult: Prof. Horst Bourmer. Am Podium: Vorstandsmitglieder Dr. Ingrid Hasselblatt, Dr. Anton Pfaff, Dr. Hermann Braun, Hauptgeschäftsführungsmitglieder Bernd Hügler, Helga Engbrocks, Klaus Nöldner, Vorstandsmitglieder Dr. Dietrich von Abel, Klaus Mulckau
Foto: Eisenacher